

NACHRICHTEN

Lob für die Atomaufsicht

**BERN** sda/red. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) erhält von einer Experten-Gruppe der Internationalen Atomenergieagentur in Wien (IAEA) gute Noten. Das Ensi halte generell die IAEA-Standards ein und habe auf den AKW-Unfall im japanischen Fukushima gut reagiert, heisst es im Bericht. Das sei ein Freundschaftsgutachten, monierte die schweizerische Energiestiftung.

Parteien sollen Spenden zeigen

**STRASSBURG** sda. Die Schweiz erhält erneut schlechte Noten für die Parteienfinanzierung. Die Antikorruptionskommission im Europarat fordert mehr Transparenz. Als eines der wenigen westlichen Länder kennt die Schweiz keine Regeln zur Finanzierung von Parteien oder Abstimmungskampagnen. Der Stimmbürger erfährt nicht, welches Unternehmen oder welche Interessenorganisation einer Partei, einem Komitee oder einem Kandidaten wie viel spendet. Das schade der Transparenz, hält die Staatengruppe des Europarates gegen Korruption (Greco) fest. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) kündigte an, der Bundesrat werde Anfang 2012 eine Aussprache zu dieser Thematik führen.

GSoA-Initiative kommt zu Stande

**BERN** sda. Rund einen Monat vor dem Ablauf der Sammelfrist hat die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) die Unterschriften für ihre Volksinitiative zur Aufhebung der Wehrpflicht zusammen. Derzeit läuft die Prüfung der Unterschriften durch die Gemeinden. Die GSoA will die Initiative am 5. Januar 2012, einen Tag vor Ablauf der Sammelfrist, einreichen. Sowohl der Militärdienst wie auch der Zivildienst sollen künftig freiwillig sein.

KLARSTELLUNG

Kampfjet Gripen

**TAGESTHEMA** red. Im Interview mit Res Schmid in der gestrigen Ausgabe (Seite 3) konnte ein falscher Eindruck entstehen: Die drittletzte Frage «Mit dem Ziel, den Gripen zu verhindern?» sprach nicht eine allfällige Untersuchung durch Ueli Maurers Departement an, sondern die mögliche Ursache der Indiskretionen.

# Kantone wollen mehr mitreden

**EUROPAPOLITIK** Bern verhandelt mit Brüssel, die Kantone fühlen sich dabei oft übergangen. So gehe das nicht, findet der Zuger Regierungsrat Matthias Michel.

INTERVIEW EVELINE RUTZ, BERN  
eveline.rutz@luzernerzeitung.ch

**Matthias Michel, die Kantone kritisieren, dass sie vom Bund in der Europapolitik zu wenig informiert werden. Können Sie dafür ein Beispiel nennen?**

**Matthias Michel\*:** Der Bund definiert bei Verhandlungen jeweils ein so genanntes Verhandlungsmandat. Dazu können wir in der Regel Stellung nehmen, davor finden jedoch monatelang exploratorische Vorgespräche statt. Dass wir in diese nicht einbezogen werden, bedeutet, dass wir immer zu spät kommen. Wir verlangen, dass wir unsere Interessen früher einbringen können. Bereiche wie Forschung, Bildung, Steuern, Sicherheit und Gesundheit sind klassische Domänen der Kantone. Wir sollten über den Stand der Verhandlungen zumindest informiert werden, damit wir entsprechend wachsen können.

**Ein Verhandlungsdossier ist demnach bereits vorgespurt, wenn die Kantone angehört werden. Lehnen Sie einzelne Punkte ab, können Sie dann also nur noch auf Konfrontationskurs gehen?**

**Michel:** Genau. Wir können uns nur noch wehren, indem wir etwa an die Öffentlichkeit gelangen oder über Parlamentsmitglieder intervenieren. Das geschieht dann erst, wenn ein Vertrag bereits ausgehandelt ist. Als Bremsen wollen wir jedoch nicht wirken.

**Sie fordern zahlreiche innerstaatliche Reformen. Man hat das Gefühl, dass es um die Zusammenarbeit mit dem Bund zurzeit nicht zum Besten steht.**

**Michel:** Es ist noch nicht so, dass wir kämpferisch aufeinander losgehen. Die Kantone beziehen nun jedoch klar Position. Die EWR-Abstimmung war für uns wie ein Erwachen. Wir haben damals realisiert, dass der Bund Abkommen eingehen kann, welche unsere Zuständigkeiten einschränken. Heute stellen wir fest, dass die Beziehungen zur EU stets dichter werden. Der Bund führt zu immer mehr Themen Verhandlungen. Die EU erwartet, dass sich die Schweiz dem EU-Recht stärker anpasst. Das ist eine neue Qualität von Forderungen, ein grosses Ungleichgewicht. Da ist es entscheidend, dass wir unsere Mitwirkungsrechte wahren.

**Welche Signale haben Sie vom Bundesrat erhalten?**

**Michel:** Er anerkennt zwar, dass der Föderalismus unter Druck kommt, wenn Anpassungen ans EU-Recht gemacht werden. Der Tatbeweis, dass er die Mitsprache der Kantone stärken



Der Zuger Volkswirtschaftsdirektor Matthias Michel in seinem Büro.

Bild Werner Schelbert

will, fehlt aber noch. Wir befürchten, dass der Bund zuerst mit der EU verhandelt, bevor wir diese Fragen intern lösen.

**«Wir befürchten, dass der Bund zuerst mit der EU verhandelt, bevor wir diese Fragen intern lösen.»**

MATTHIAS MICHEL,  
ZUGER REGIERUNGSRAT

**Sind Sie vom zögerlichen Vorgehen des Bundesrates enttäuscht?**

**Michel:** Ehrlicherweise sind wir nicht davon ausgegangen, dass vor den Bundesratswahlen noch entscheidende Hebel justiert werden. Die Zeit drängt jedoch. Im Bereich Gesundheit, in dem zurzeit verhandelt wird, haben die

Kantone wichtige Zuständigkeiten. Das Gleiche gilt für die Bildung, und auch im Bereich der Steuern sind wir stark tangiert.

**Bei der Holdingbesteuerung macht die EU Druck. Sie kritisiert die Steuererleichterungen als staatliche Subvention und sieht den Standortwettbewerb verzerrt.**

**Michel:** Die EU schüttet selbst Millionen aus, um Unternehmen zu unterstützen. Sie gewährt diesen nicht Steuererleichterungen, sondern subventioniert sie direkt. Sie leistet finanzielle Beiträge oder schenkt Firmen Land. Das sind Praktiken, von denen die Schweiz weit entfernt ist. Da sollte man schon mit gleichen Ellen messen.

**Das wäre sicherlich redlich. Doch hier geht es doch schlicht um Machtpolitik.**

**Michel:** Man kann es nicht anders bezeichnen. Auch die Länder innerhalb der EU machen Standortpolitik. Doch bloss das Vorgehen der Schweiz soll nicht korrekt sein. Da versucht der Stärkere dem Schwächeren zu sagen,

welche Massstäbe die richtigen sind. Andererseits: Wir sind ja nicht gezwungen zu verhandeln.

**Die EU drängt, darauf die Übernahme von EU-Recht zu regeln. Die Kantone sprechen sich für ein Rahmenabkommen aus. Weshalb?**

**Michel:** Es würde Rechtssicherheit schaffen. Grundlegende Fragen, die sich bei jedem Abkommen stellen, würden geklärt. Was wir nicht wollen, ist eine schleichende Aushöhlung unseres Rechts. Wir wollen Sicherheit und Planbarkeit.

**Wie sollte eine solche Vereinbarung konkret ausgestaltet sein?**

**Michel:** Sie muss eine Antwort darauf geben, mit welchen Mechanismen sich die Schweiz an EU-Recht anpasst. Es darf unserer Meinung nach keinen Automatismus geben. Sie muss zudem klären, wer die Aufsicht hat und im Konfliktfall schlichtet.

**Sie plädieren für einen gemischten Ausschuss, in dem die EU, der Bund und die Kantone vertreten sein sollen.**

**Michel:** Die EU fordert, dass ihr Gerichtshof entscheidet. Das heisst, ein fremdes Gericht würde Streitfälle beurteilen. Das können wir nicht akzeptieren. Daher plädieren wir für ein gemeinsames Schiedsgericht oder einen gemischten Ausschuss.

**Sie verlangen, dass Verhandlungsmandate so lange zurückgestellt werden, bis eine Rahmenvereinbarung vorliegt. Vergibt man sich damit in den einzelnen Dossiers nicht wertvolle Zeit?**

**Michel:** Es kann nicht sein, dass man, nur um etwas zu klären, einen schnellen Abschluss anstrebt. Aus diesem Grund haben wir beim Chemikalien-Abkommen sowie beim Agrarfreihandel unser Veto eingelegt. Wir waren in beiden Fällen der Auffassung, dass es für Verhandlungen zu früh ist. Zudem sollte ein Verhandlungsmandat auch Hinweise darauf enthalten, wie eine institutionelle Lösung aussehen könnte. Das war bei beiden Mandaten nicht der Fall. Man kann Grundwerte nicht zur Disposition stellen, nur um einer Branche zuliebe schnell ein Abkommen zu vereinbaren.

**Diskutiert wird zurzeit auch wieder über einen Beitritt zum EWR. Mit dem bestehenden Vertragswerk, zu dem Schweizer Unterhändler wesentlich beigetragen haben, könnte man viele Fragen auf einen Schlag klären.**

**Michel:** Nur auf den ersten Blick scheint das eine gute Lösung zu sein. In Bezug auf Mitgestaltung und Mitwirkung wären wir jedoch schlecht bedient. Ein Beitritt würde in Richtung einer passiven EU-Mitgliedschaft gehen. Wir könnten uns an der Weiterentwicklung des Rechts nicht mehr beteiligen. Daher können die Kantone diesen Weg nicht unterstützen.

HINWEIS

\* Matthias Michel ist Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zug und Präsident der Europa-Kommission der Konferenz der Kantone (KdK).

ANZEIGE

Wir beraten Sie im Takt Ihres Biorhythmus.

toppharm  
Apotheken

Ihr persönlicher Gesundheitscoach.

www.toppharm.ch